

**Wolfgang Mühlfriedel
Klaus Wießner**

**Die
Geschichte
der
Industrie
der
DDR
bis 1965**

**Forschungen
zur
WIRTSCHAFTS
GESCHICHTE**

herausgegeben von
Jürgen Kuczynski
Hans Mottek
Helga Nussbaum

Band 25

**Wolfgang Mühlfriedel
Klaus Wießner**

**Die
Geschichte
der
Industrie
der
DDR
bis 1965**



Akademie-Verlag Berlin 1989

ISBN 3-05-000843-1
ISSN 0138-5100

Erschienen im Akademie-Verlag Berlin, Leipziger Str. 3-4, DDR-1086 Berlin

© Akademie-Verlag Berlin 1989

Lizenznummer: 202 · 100/51/89

Printed in the German Democratic Republic

Gesamtherstellung: VEB Druckerei »Gottfried Wilhelm Leibniz«,

4450 Gräfenhainichen · 7223

Lektor: Günter Hertel

Umschlaggestaltung: Anke Baltzer

LSV 0305

Bestellnummer: 755 024 5 (2140/25)

03800

Inhalt

| | |
|---|----|
| Vorwort | 9 |
| Teil I | |
| Die Industrie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945 bis 1949) | |
| Kapitel 1 | |
| Die industriellen Voraussetzungen für die gesellschaftlichen Veränderungen in der sowjetischen Besatzungszone | 13 |
| 1. Merkmale der Industrieentwicklung in den letzten Jahren der faschistischen Kriegswirtschaft | 13 |
| 2. Zur Lage der nichtmonopolistischen Industrie in der faschistischen Kriegswirtschaft | 26 |
| Kapitel 2 | |
| Die Wiederbelebung der industriellen Produktion und das Zurückdrängen der ökonomischen Macht der Monopolbourgeoisie sowie anderer Kriegs- und Nazi-verbrecher | 33 |
| 1. Die Wiederaufnahme der Industrieproduktion | 33 |
| 2. Die Auseinandersetzung um die demokratische Umgestaltung in der Industrie | 38 |
| 3. Die Vernichtung des industriellen Rüstungspotentials und die Wiedergutmachung | 43 |
| Kapitel 3 | |
| Das Entstehen einer neuen Produktionsweise in der Industrie | 47 |
| 1. Die Konstituierung neuer Produktionsverhältnisse | 47 |
| a) Gesellschaftliches Eigentum an den industriellen Produktionsmitteln | 47 |
| b) Das Organisations- und Leitungssystem der volkseigenen Industrie und der Sowjetischen Aktiengesellschaften | 51 |

| | |
|--|-----|
| c) Einheitliche Wirtschaftsplanung in der sowjetischen Besatzungszone | 60 |
| d) Weitere Bedingungen für den geschlossenen Reproduktionsprozeß in der volkseigenen Industrie | 70 |
| e) Probleme der ökonomischen Entwicklung der volkseigenen Industrie | 76 |
| 2. Die Anfänge struktureller Veränderungen der industriellen Produktivkräfte | 95 |
| a) Wissenschaftlich-technische Arbeit | 95 |
| b) Materiell-technische Produktionsbedingungen | 111 |
| c) Kulturell-technisches Niveau der Industriearbeiterschaft | 122 |

Kapitel 4

| | |
|---|-----|
| Die privatkapitalistische Industrie | 129 |
|---|-----|

Teil II

Die sozialistische Umgestaltung der Industrie (1950 bis 1965)

Kapitel 5

| | |
|---|-----|
| Die Industrie in der Wirtschaftsstrategie der SED | 147 |
|---|-----|

Kapitel 6

| | |
|--|-----|
| Die Herausbildung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Industrie | 156 |
|--|-----|

| | |
|--|-----|
| 1. Das Wachstum des gesellschaftlichen Eigentums an den industriellen Produktionsmitteln, seine strukturelle Veränderung und der Strukturwandel in der Produzentenschaft | 156 |
| a) Wachstumsquellen des sozialistischen Eigentums | 156 |
| b) Entwicklung der Struktur der Betriebsgrößen | 163 |
| c) Struktureller Wandel in der industriellen Produzentenschaft | 166 |
| d) Sozialökonomischen Veränderungen in der kapitalistischen Industrie | 173 |
| 2. Zur Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung in der volkseigenen Industrie | 185 |
| a) Der Einfluß der zentralstaatlichen Leitung und Planung auf die sozialistische Ökonomie | 185 |
| b) Die wirtschaftliche Rechnungsführung und die Masseninitiativen | 193 |

Kapitel 7

| | |
|--|-----|
| Die grundlegenden Wandlungen in den industriellen Produktivkräften | 212 |
|--|-----|

| | |
|---|-----|
| 1. Produktionswachstum und materiell-technische Versorgung | 212 |
| a) Die Entwicklung der Grundstoffindustrie | 212 |
| b) Der Maschinen- und Anlagenbau: Quelle veränderter technischer Zusammensetzung der industriellen Produktion | 245 |
| 2. Die Veränderung in Struktur und Inhalt der Industriearbeit | 258 |

3. Der Übergang zur planmäßigen Gestaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts 276

 a) Die wirtschaftspolitische Orientierung auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt 276

 b) Die Hinwendung zu den Hauptrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Produktion 287

Kapitel 8

Die Industrie in den Jahren des Übergangs zum Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft 304

Anhang 318

1. Tabellenverzeichnis 318

2. Archivalienverzeichnis 323

3. Literaturverzeichnis 325

4. Namenregister 341

Die vorgelegte Monographie zur industriellen Entwicklung der DDR in den Jahren des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist der Versuch einer geschlossenen Darstellung der sozialökonomischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und strukturellen Wandlungsprozesse in einem der wichtigsten Bereiche der Volkswirtschaft. Sie wird mit einer Skizze des industriellen Standes am Ausgang der faschistischen Kriegswirtschaft eingeleitet, um die materiellen Voraussetzungen für einen im Mai 1945 begonnenen tiefgreifenden Umgestaltungsprozeß in der Industrie zu verdeutlichen. Die Monographie konzentriert sich auf die mit dem Ablösen der kapitalistischen durch die sozialistischen Produktionsverhältnisse verbundenen Grundprozesse, auf die damit untrennbar verknüpften Veränderungen in den industriellen Produktivkräften und auf den Einfluß, der davon auf die Ausbildung der sozialistischen Produktionsweise ausging. Einen großen Raum nehmen die im betrachteten Zeitraum erzielten Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Arbeit und deren Überleitung in die Produktion, die davon ausgehenden qualitativen Wandlungen in den materiell-technischen Produktivkräften, in der Industriearbeiterschaft und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz ein. Sie verfolgt die Entwicklung der privatkapitalistischen Industrie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und arbeitet die sozialökonomischen Wandlungen, die sich in einer wachsenden Anzahl von Privatunternehmen seit Mitte der 50er Jahre vollzogen, heraus. Die Darstellung schließt Mitte der 60er Jahre, in der die Industrie aus der sozialistischen Umgestaltung in eine Entwicklungsperiode hinüberwuchs, die vom Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gekennzeichnet ist.

Die Monografie über die Geschichte der Industrie in der DDR jener Jahre konnte sich nicht die Aufgabe stellen, ein detailliertes Bild aller Zweige der Industrie zu bieten. So verzichtet sie auf eine eingehende Behandlung der Leicht- und Nahrungsgüterindustrie, die zweifellos einen beachtlichen volkswirtschaftlichen Beitrag leistete, selbst aber – sieht man von sozialökonomischen Veränderungen ab – aufgrund der historischen Umstände noch keine einschneidenden Veränderungen erfuhr.

Die Beziehungen zwischen der Industrie und der Außenwirtschaft wurden vornehmlich im Zusammenhang mit der materiell-technischen Versorgung der Industrie, dem Nutzen von Projektierungsunterlagen und Ausrüstungen für große Investitionsobjekte sowie der veränderten Produktionssortimente in verschiedenen Industriezweigen behandelt. Die seit Mitte der 50er Jahre einsetzenden Bemühungen um eine internationale Arbeitsteilung innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe auf ausgewählten Gebieten der industriellen Produktion wurde nicht reflektiert, weil

sie im betrachteten Zeitraum noch keinen tiefgreifenden praktischen Einfluß auf die Industrie nahm.

Bei ihren Arbeiten konnten sich die Verfasser auf eine umfangreiche Literatur, die sich vornehmlich mit der Rolle der Industrie in der Wirtschaftspolitik der SED, mit der Geschichte der Leitung und Planung der volkseigenen Industrie, mit dem Verlauf des industriellen Reproduktionsprozesses, mit dem Investitionsgeschehen, mit einzelnen Zeitabschnitten der Industrieentwicklung, mit der Geschichte ausgewählter Zweige und volkseigener Betriebe sowie mit der Masseninitiative auf dem Produktionsfeld befaßt, stützen.

Die der Monographie zugrunde liegende Konzeption ließ sich nur realisieren, weil es den Verfassern möglich war, die umfangreichen Bestände in den Archiven der DDR zu nutzen. Für die fördernde Unterstützung, die sie durch die Archivare erfuhren, danken die Verfasser herzlich.

Dankbar verweisen die Verfasser auf Vorarbeiten von Dr. Ulrich Hartmann, die in die Kapitel 5 und 6 mit eingegangen sind.

Großen Nutzen zogen die Autoren aus den Diskussionen, die auf den schon seit einem Jahrzehnt von der Abteilung Sozialismus des Instituts für Wirtschaftsgeschichte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR und des Wissenschaftsgebietes Wirtschaftsgeschichte der Sektion Wirtschaftswissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität gemeinsam in Jena veranstalteten wissenschaftlichen Kolloquien zur Geschichte der sozialistischen Industrie zu den Ergebnissen ihrer Arbeit geführt wurden. Diese Diskussionen ermutigten die Autoren in ihrem Vorhaben und veranlaßten sie, verschiedene ursprüngliche Auffassungen zu korrigieren und sich mit manchem Problem noch eingehender zu befassen.

Ein besonderer Dank gebührt den Professoren Dr. Lothar Baar und Dr. Jörg Roesler, die durch ihre kameradschaftliche Hilfe, die nicht zuletzt in kritischen Hinweisen und Anmerkungen ihren Ausdruck fand, schon in einer sehr frühen Phase unsere Arbeit förderten. Ebenso dankbar sind wir Günter Hertel, der mit verständnisvollem und sachkundigem Rat Inhalt und Form des Vorliegenden positiv beeinflusste. Zu einem herzlichen Dank sind wir Frau Ingeborg Pfeifer für die termingerechte technische Herstellung des Manuskripts verpflichtet.

Die Autoren wenden sich mit ihrer Publikation an die Fachkollegen ebenso wie an die Historiker, die sich mit der jüngeren Geschichte unseres Landes befassen, und an die am Thema allgemein interessierten Leser. Sie hoffen auf eine kritische Wertung ihres Arbeitsergebnisses.

Die Verfasser

Jena und Karl-Marx-Stadt
im Mai 1989

TEIL I

**Die Industrie
in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung
(1945 bis 1949)**

KAPITEL 1

Die industriellen Voraussetzungen für die gesellschaftlichen Veränderungen in der sowjetischen Besatzungszone

1. Merkmale der Industrieentwicklung in den letzten Jahren der faschistischen Kriegswirtschaft

Der Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone und die sozialistische Revolution in der DDR wurde von der in Deutschland bis 1945 vollzogenen industriellen Entwicklung mitbestimmt. Wenngleich in den deutschen Gebieten, in denen sich die tiefgreifenden historischen Veränderungen vollzogen, die Industrie einige spezifische Züge aufwies, so wurde sie doch bis 1945 von den gleichen Merkmalen bestimmt, wie die Industrie in Deutschland insgesamt. Die deutsche Industrie war ein wesentliches Element der faschistischen Rüstungs- und Kriegswirtschaft.¹

Sie war die Quelle außergewöhnlicher Rüstungsprofite für die Finanzoligarchie und andere Kriegsinteressenten und eine der materiellen Grundlagen für die Vorbereitung und Führung des faschistischen Aggressionskrieges.²

In seinem Verlauf wurden in den Ländern Europas, insbesondere in der UdSSR unermeßliche Schäden angerichtet.³

Im Interesse der reaktionären Teile der deutschen Monopolbourgeoisie und ihrer politischen und militaristischen Parteigänger wurde die Industrie in den Jahren der faschistischen Herrschaft konsequent auf die Erfordernisse des Krieges ausgerichtet. Ein Merkmal der Industrieentwicklung, das alle anderen beherrschte.

Am Vorabend des zweiten Weltkrieges nahm die deutsche Industrie hinter den USA den zweiten Platz unter den kapitalistischen Industrieländern ein. 1938 entfielen auf Deutschland 13,2 Prozent der Weltindustrieproduktion.⁴

Dieses industrielle Potential wurde in den Jahren 1939 bis 1944, wenn auch unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten, entschieden erweitert. Unter Ausschöpfung aller im Deutschen Reich und in den vom faschistischen deutschen Imperialismus okkupierten Ländern verfügbaren materiellen und personellen Ressourcen stieg die industrielle Produktion in Deutschland bis 1944 an.

Die Tabelle 1 gibt die allgemeine Bewegung der deutschen Industrieproduktion in den Kriegsjahren wieder.

¹ LV-133, S. 443 ff. (Klassenkampf)

² LV-48 (Deutschland, 1-6); LV-77 (Eichholz, 1-2); LV-302 (Zumpe)

³ LV-48 (Deutschland, 2-6); LV-22, S. 92 ff. (Barthel)

⁴ LV-77, S. 34 (Eichholz, 1)

Tabelle 1

Die Entwicklung der Industrieproduktion im Deutschen Reich 1939 bis 1944 (1939 = 100)

| Jahr | Industrieproduktion |
|------|---------------------|
| 1940 | 106,5 |
| 1941 | 116,6 |
| 1942 | 118,1 |
| 1943 | 131,8 |
| 1944 | 132,6 |

Quelle: LV-48, S. 46 (Deutschland, 5)

An diesem Ansteigen der Industrieproduktion waren die einzelnen Industriebereiche und -zweige sehr unterschiedlich beteiligt.

Das Wachstum der industriellen Produktion wurde durch die Produktionsmittel-, insbesondere durch die Rüstungsindustrie geprägt. Der Produktionsindex der metallverarbeitenden Industrie erhöhte sich von 100 im Jahre 1939 auf 186,1 im Jahre 1943 und erreichte im Jahre 1944 mit 203,4 den höchsten Stand. Überdurchschnittlich entwickelte sich bis 1943 auch die chemische Industrie, die Kraftstoffherstellung eingeschlossen. Ihr Produktionsindex war 1944 von 100 im Jahre 1939 auf 139,8 angestiegen.⁵ 1944 wirkten sich in diesem Zweig bereits die gezielten Luftangriffe der britisch-amerikanischen Luftstreitkräfte aus. Im Bergbau und in der Metallurgie wurde 1944 die höchste Produktion während des Krieges registriert. An diesem Anwachsen der industriellen Produktion hatten die einzelnen Regionen Deutschlands einen unterschiedlichen Anteil. Größere Produktionskapazitäten entstanden im Verlaufe des Krieges auf dem Gebiet, auf dem die DDR gegründet wurde.

Die Tabelle 2 macht kenntlich, wie sich auf diesem Territorium zwischen 1936 und 1944 die industrielle Struktur veränderte.

Tabelle 2

Entwicklung der industriellen Bruttoproduktion auf dem Gebiet der späteren DDR zwischen 1936 und 1944 (1936 = 100)

| Industriebereich | 1944 |
|-----------------------------------|------|
| Industrie gesamt | 154 |
| Investitionsgüterindustrie | 242 |
| sonst. Produktionsmittelindustrie | 152 |
| Konsumgüterindustrie | 88 |

Quelle: LV-22, S. 31 (Barthel)

„Die Ausdehnung der Industrieproduktion war erheblich größer als im Durchschnitt des ehemaligen Deutschen Reiches. Sie betrug für das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ohne Hauptstadt Berlin von 1936 bis 1944 etwa 50 Prozent.

⁵ LV-48, S. 46 (Deutschland, 4)

Dabei waren in diesem Gebiet sowohl die Ausdehnung der Rüstungsproduktion als auch die Einschränkung in der Produktion von Gebrauchsgütern (vor allem in den letzten Kriegsjahren) stärker als im Durchschnitt des ehemaligen Deutschen Reiches. Besonders hoch war die Steigerung der Produktion von 1936 bis 1944 im Maschinen- und Fahrzeugbau, in der Elektroindustrie, in der Feinmechanik/Optik, in der Produktion von Eisen-, Stahl- und Metallwaren und in der Produktion von chemischen Erzeugnissen (einschließlich Kraftstoffe). Die Produktion betrug in diesen Zweigen 1944 zum Teil das Mehrfache im Vergleich zu 1936.

Die Einbeziehung auch mittlerer und kleiner Industriebetriebe in die Rüstungsproduktion im weitesten Sinne führte vor allem in Thüringen und Sachsen zu einer weiteren Arbeitsteilung und zu einer Produktionsstruktur, die weiter von einheimischen Rohstoffen abgerückt war.⁶ Die Erhöhung der industriellen Produktion ging mit einer zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit, die in einer starken Konzentration der Produktion, in einer entwickelten Arbeitsteilung und Spezialisierung der industriellen Produktion und in einer relativ günstigen Standortverteilung der Industrie zum Ausdruck kam, einher. Wie sich der Prozeß der Produktionskonzentration vollzog, geht aus der Tabelle 3 über die Struktur der Betriebsgrößen⁷ in Industrie und Handwerk im Deutschen Reich insgesamt und in den uns besonders interessierenden Ländern und Provinzen hervor.

Tabelle 3

Anteil der Betriebsgrößenklassen an den Gesamtbeschäftigten in Industrie und Handwerk im Deutschen Reich und in ausgewählten Ländern 1939 (in Prozent)

| Gebiet | Klein-Betriebe | | Mittel-Betriebe 51–200 Beschäftigte | Groß-Betriebe | |
|-----------------|----------------------|-------|---|--------------------------|-----------|
| | 1–10 Beschäftigte | 11–50 | | 201–1000 Beschäftigte | über 1000 |
| Deutsches Reich | 25,4 | 14,0 | 16,8 | 20,7 | 23,1 |
| Anhalt | 17,8 | 10,9 | 14,2 | 16,0 | 41,1 |
| Sachsen | 24,5 | 14,2 | 20,4 | 25,1 | 15,8 |
| Prov. Sachsen | 23,1 | 12,9 | 14,3 | 20,3 | 29,5 |
| Thüringen | 26,7 | 15,7 | 19,3 | 23,6 | 14,7 |

Quelle: LV-125, S. 159 (John)

Die Tabelle 3 weist für das Deutsche Reich im Jahre 1939 einen beträchtlichen Anteil an Großbetrieben aus. Nahezu 50 Prozent der registrierten industriellen und handwerklichen Produktionsstätten waren ihrer Beschäftigtenzahl nach Großbetriebe. Hinzu kam eine bemerkenswerte Anzahl von Betrieben mittlerer Größe.

Die Angaben aus den ausgewählten Ländern und Provinzen verdeutlichen die Differenziertheit im Konzentrationsgrad der Produktion innerhalb des Deutschen Reiches. In den Provinzen Sachsen und Anhalt lag, vor allem auf Rohstoffvorkommen gegründet, die Anzahl der Großbetriebe über dem Reichsdurchschnitt. Dem gegenüber dominierten in Sachsen und in Thüringen die Betriebe mit einer Belegschaft zwischen

⁶ LV-22, S. 35 (Barthel)

⁷ Die Verfasser sind sich der Problematik dieser Klassifizierung bewußt. Sie verwerten in Ermangelung von Zahlen, die den Grad der Produktionskonzentration schärfer wiedergeben, die Angaben der Tabelle 3.

201 und 1000 Beschäftigten. Lediglich in Thüringen überstieg die Anzahl der Kleinbetriebe den im Deutschen Reich gegebenen Durchschnitt. Die Zahl der Großbetriebe mit über 1000 Beschäftigten belief sich in diesem Jahr lediglich auf 44, wovon die Mehrzahl metallverarbeitende Betriebe waren.⁸ Der Konzentrationsprozeß der Produktion war in den einzelnen Industriezweigen sehr unterschiedlich verlaufen. Darüber gibt die Verteilung des Aktienkapitals auf die Industriebereiche Auskunft.

Tabelle 4

Anteil der Aktiengesellschaften und des Nominalkapitals in den Industriebereichen.

Stand: 31. 12. 1936 (in Prozent)

| Industriebereich | Aktien- gesell- schaften | Nominal- kapital |
|---------------------------------|--------------------------------|---------------------|
| Grundstoffindustrie | 14,2 | 31,1 |
| Verarbeitende Industrie | 79,9 | 48,8 |
| Energie- u. Wasserwirtschaft | 5,9 | 20,1 |
| Industrie gesamt | 100,0 | 100,0 |

Quelle: Errechnet nach LV-241, S. 47 (Statistische Praxis 1950)

Das in der Tabelle 4 vermittelte Bild wird noch deutlicher, wenn die Höhe des durchschnittlichen Nominalkapitals einer Aktiengesellschaft in den einzelnen Industriezweigen in die Betrachtung einbezogen wird.

Tabelle 5

Durchschnittliches Nominalkapital einer Aktiengesellschaft in ausgewählten Industriezweigen.

Stand: 31. 12. 1936 (in Mill. RM)

| Industriezweig | Durchschnitt- liches Nominal- kapital |
|--------------------------------------|---|
| Industrie, gesamt | 3,26 |
| Steinkohlebergbau | 33,36 |
| Kalibergbau | 27,62 |
| Erzbergbau | 19,85 |
| Energie- u. Wasserversorgung | 11,16 |
| Braunkohlebergbau | 10,35 |
| Fahrzeugbau | 74,1 |
| Glasfabrikation | 20,7 |
| Leder- u. Linoleumindustrie | 17,3 |
| Textilindustrie | 1,56 |
| Maschinen- u. Apparatebau | 15,4 |
| Nahrungs- u. Genußmittelindustrie | 12,8 |

Quelle: Errechnet nach LV-241, S. 47 (Statistische Praxis 1950)

⁸ LV-125, Anhang, Tabelle XXX/I (John)

Tabelle 5 läßt erkennen, daß in den Zweigen der Grundstoffindustrie eine überdurchschnittliche Kapitalkonzentration vorlag. Zu beachten ist ferner die geringe Aktienkapitalhöhe in der Konsumgüterindustrie und im Maschinenbau. Unter den Bedingungen der faschistischen Kriegswirtschaft schritt die Produktionskonzentration rasch fort. Da uns dafür keine ins Detail gehenden statistischen Angaben zur Verfügung stehen, müssen wir uns, um die Tendenz zu verdeutlichen, mit den Gesamtzahlen über die Aktiengesellschaften begnügen. Das ist für unsere Zwecke aber durchaus möglich, weil sich in der zweiten Hälfte der 30er Jahre ca. 76 Prozent der Aktiengesellschaften mit der industriellen Produktion befaßten. Sie repräsentierten 73 Prozent des gesamten Aktienkapitals.

1938 existierten in Deutschland 5518 Aktiengesellschaften. Bis 1943 sank ihre Zahl auf 5367 ab. Ihr Kapital belief sich auf 18,7 bzw. 29,7 Milliarden RM. Das durchschnittliche Aktienkapital einer Gesellschaft erhöhte sich zwischen 1938 und 1943 von 3,4 auf 5,5 Millionen RM. Die Anzahl der Gesellschaften mit einem Kapital von 50 Millionen RM und mehr war zwischen 1938 und 1943 von 59 auf 108 angestiegen. Es sei hinzugefügt, daß der Anteil der Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 5 Millionen und mehr RM an der Gesamtzahl von 11,2 auf 16,7 Prozent zunahm. 1943 hatten 18,7 Prozent der Aktiengesellschaften mit mehr als 5 Millionen RM Kapital einen Anteil von 18,7 Prozent.⁹

Die hohe Konzentration der Produktion und des Kapitals war damit verbunden, daß in einer Reihe von Industriezweigen — hier sind die Grundstoffindustrie, die

Tabelle 6

Übersicht ausgewählter staatskapitalistischer und privatkapitalistischer Monopolunternehmen, deren Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin unter Sequester gestellt waren und in Landeseigentum und staatliches sowjetisches Eigentum übergingen

| Unternehmen | Anzahl der Betriebe |
|--------------------------------------|---------------------|
| AEG-Konzern | 11 |
| Deutsche Continental-Gasgesellschaft | 24 |
| Diring-Textilkonzern | 11 |
| Flick-Konzern | 28 |
| Göring-Konzern | 17 |
| Henkel-AG | 7 |
| Krupp-Cruson | 1 |
| Mannesmann-Konzern | 9 |
| Rütger-Konzern | 14 |
| Reemtsma-Konzern | 8 |
| Siemens-Konzern | 11 |
| Stinnes-Konzern | 17 |
| Thüringer Gasgesellschaft | 45 |
| Bayrische Motorenwerke | 1 |

Quelle: LV-143, S. 19 (Kühne); LV-17, S. 59 (Müller/Reiðig)

⁹ LV-48, S. 503 (Deutschland, 4)

² Mühlfriedel, Indus.

Energieerzeugung und -verteilung, die elektrotechnische, feinmechanisch-optische Industrie sowie der Fahrzeugbau vor allem zu nennen – Großunternehmen die Produktion monopolisiert hatten.¹⁰ Ihre Zentralen waren vornehmlich in Berlin und in westdeutschen Städten angesiedelt. Auf dem Gebiet der späteren DDR gab es nur einige dieser Zentralen. In der Regel hatten auf diesem Gebiet nur Produktionsstätten der Monopolunternehmer ihren Standort (vgl. Tabelle 6).

In verschiedenen Zweigen der Produktionsmittelindustrie nahm das staatskapitalistische Eigentum an den industriellen Produktionsmitteln einen beachtlichen Platz ein. Das traf insbesondere auf die Energiewirtschaft, auf den Bergbau, die Metallurgie und die chemische Industrie zu.¹¹ Der Staat war 1936 von den 17 ausgewiesenen Industriezweigen in 13 Zweigen an Aktiengesellschaften und in drei Industriezweigen an GmbH beteiligt.¹² Die Tabelle 7 gibt einen Überblick über jene Zweige, in denen der Staatskapitalismus besonders vertreten war.

Tabelle 7

Anteil der öffentlichen Hand am Kapital der Aktiengesellschaften und der GmbH in ausgewählten Industriezweigen. Stand: 31. 12. 1936 (in Prozent)

| Industriezweig | Nominalkapital der Aktiengesell- schaft | Stammkapital der GmbH |
|--|---|--------------------------|
| Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung | 37,2 | 41,6 |
| Schiffbau | 21,6 | 62,8 |
| Erzbergbau | 5,0 | — |
| Kalibergbau | 3,4 | — |

Quelle: LV-241, S. 47 (Statistische Praxis 1950)

Unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg und in seinem Verlauf nahm der staatskapitalistische Anteil im Erzbergbau, in der Metallurgie und in der chemischen Industrie sowie in der Energiewirtschaft weiter zu.

Kennzeichnend für die industrielle Entwicklung in Deutschland war ferner, daß die Industrie alle für eine entwickelte kapitalistische Volkswirtschaft wichtigen Bereiche, Zweige und Erzeugnisgruppen umfaßte. Es ist hervorzuheben, daß die Zweige, die den technischen Fortschritt trugen, wie der Werkzeugmaschinenbau, die feinmechanisch-optische Industrie, der wissenschaftliche Gerätebau, die modernen Bereiche der elektrotechnischen Industrie und die chemische Industrie in der Industriestruktur vertreten waren und vielfach einen maßgeblichen Platz einnahmen. Die Tabelle 8 gibt die Industriezweigstruktur des Jahres 1936 wieder.

Im Verlaufe des zweiten Weltkrieges veränderte sich diese Struktur zugunsten jener Zweige, von denen die Erzeugung von Waffen, Munition, Kriegsgerät, Transportmittel usw. abhing.¹³ Ein eindrucksvolles Bild davon vermittelt die Tabelle 9 über die Zu- und Abnahme der Produktion im Maschinenbau zwischen 1938 und 1943.

¹⁰ LV-174, S. 88ff. (Mottek); LV-302, S. 113f. (Zumpe)

¹¹ LV-302, S. 182f. (Zumpe); LV-125, S. 270 (John)

¹² LV-241, S. 47 (Statistische Praxis 1950)

¹³ LV-77 (Eichholz, 1–2)

Tabelle 8

Anteil der Industriebereiche an der industriellen Bruttoproduktion und an den in der Industrie Beschäftigten im Jahre 1936 (in Prozent)

| Industriebereich | Bruttoproduktion | Beschäftigte |
|--|------------------|--------------|
| Bergbau | 5,7 | |
| Bergbau, Salinenwesen, Torfgräbereien | | 6,6 |
| metallurgische Industrie einschließlich Gießereien | 8,3 | 4,9 |
| Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie | 6,8 | 7,2 |
| Eisen- und Stahlbau | 1,6 | |
| Maschinen- und Fahrzeugbau | 9,2 | 14,5 |
| elektrotechnische Industrie u. feinmechanisch-optische Industrie | 4,4 | 5,5 |
| chemische und chemisch-technische Industrie | 6,3 | |
| chemische Industrie | | 4,0 |
| Kautschuk- u. Asbestindustrie | 0,8 | 0,6 |
| Kraftstoffindustrie | 1,2 | |
| Papier-, Pappen-, Zellstoff- u. Holzstoffindustrie sowie Druck- und Papierverarbeitung | 4,5 | 4,9 |
| Leder- u. Linoleumindustrie | 2,4 | 1,0 |
| Textilindustrie | 10,3 | 10,8 |
| Bekleidungsindustrie | 2,5 | 5,2 |
| Glas- u. Keramische Industrie | 1,0 | |
| Säge- u. holzverarbeitende Industrie | 3,2 | 5,3 |
| Industrie d. Steine u. Erden | 2,6 | 6,4 |
| Bauindustrie u. sonstige Industriezweige | 11,1 | |
| Baugewerbe (einschließlich Baunebengewerbe) | | 12,2 |
| Nahrungs- u. Genußmittelindustrie einschließlich Spirituosenindustrie | 12,4 | |
| Nahrungs- u. Genußmittelindustrie | | 8,5 |
| Musikinstrumente- und Spielwarenindustrie | | 0,4 |
| Industrie der Öle und Fette, Futtermittel u. tierische Leime | 2,1 | |
| Elektrizitäts- u. Gasversorgung | 3,6 | |
| Wasser-, Gas- u. Elektroenergiegewinnung | | 2,0 |
| Industrie gesamt | 100 | 100 |

Quelle: Errechnet nach AV-125 (StAW, MP, Nr. 1375)

Bedeutsam für die industrielle Entwicklung der späteren DDR war die territoriale Struktur der deutschen Industrie. Im Ergebnis der kapitalistischen Industrialisierung entstanden in Deutschland einerseits relativ geschlossene Industrieregionen, in denen eine Vielzahl miteinander verflochtener Industriezweige ihren Standort hatten. Andererseits gab es eine größere Anzahl von Industriezweigen, die sich an bestimmten Standorten, oftmals durch Rohstoffvorkommen bedingt, konzentrierte. Sie versorgten mit ihrer teilweise sehr spezialisierten Produktion die gesamte deutsche Wirtschaft.

Tabelle 9

Zweige des Maschinenbaus mit starker Produktionszunahme oder -abnahme 1943 gegenüber 1938

| Produktionszweig | Produktion in Mill. RM | | Veränderung in Prozent | Vergleichszahl Arbeitskräfte ¹ |
|---|---------------------------|------|---------------------------|--|
| | 1938 | 1943 | | |
| Zunahme | | | | |
| Schwere elektrische Ausrüstungen | 699 | 1383 | + 98 | + 25 |
| Werkzeugmaschinen | 650 | 858 | + 32 | + 6 |
| Lokomotiven | 125 | 675 | +440 | +180 |
| Kompressoren u. Pumpen | 449 | 594 | + 32 | + 4 |
| Kraftmaschinen | 290 | 496 | + 71 | + 45 |
| Armaturen u. Maschinenteile | 259 | 484 | + 87 | - 9 |
| Maschinen- und Präzisionswerkzeuge | 200 | 356 | + 78 | +132 |
| Feuerwehrgeräte | 25 | 139 | +453 | +103 |
| Abnahme | | | | |
| Baumaschinen | 309 | 275 | - 11 | - 38 |
| Textilmaschinen | 223 | 113 | - 49 | - 67 |
| Büromaschinen | 201 | 102 | - 49 | - 69 |
| Maschinen für Lebensmittelindustrie | 172 | 85 | - 50 | - 74 |
| Nähmaschinen | 101 | 39 | - 61 | - 77 |
| Druckmaschinen | 61 | 12 | - 80 | |
| Maschinen für Papiererzeugung und -verarbeitung | 93 | 29 | - 69 | |
| Holzverarbeitungsmaschinen | 62 | 52 | - 16 | - 50 |
| Maschinen für Schuh- und Lederindustrie | 28 | 13 | - 53 | - 77 |
| Wäschereimaschinen | 15 | 7 | - 52 | - 50 |
| Registrierkassen | 11 | 0,1 | - 99 | - 99 |

¹ Die Vergleichszahl zeigt die prozentuale Veränderung in der Zahl der Arbeitskräfte (nur Lohnarbeiter) im Januar 1944 gegenüber Juli 1939 an.

Quelle: LV-77, S. 375 (Eichholtz 2)

Die Tabelle 10 gibt einen Eindruck von der industriellen Territorialstruktur auf dem Gebiet der DDR.

In der Zweigstruktur der deutschen Industrie spiegelte sich deren Stellung in der internationalen Arbeitsteilung wider. Deutschland nahm 1938 mit einem Anteil von 8 Prozent am Welthandel teil.¹⁴ Die Außenhandelsstruktur Deutschlands war vornehmlich durch den Import industrieller Roh- und Hilfsstoffe und durch den Export industrieller Fertigerzeugnisse geprägt. Am Außenhandelsumsatz war das Gebiet der

¹⁴ LV-142, S. 48 (Kuczynski)

Tabelle 10

Anteil der auf dem Territorium der DDR angesiedelten Industrie an der deutschen Industrie im Jahre 1936 in ausgewählten Zweigen bzw. Erzeugnissen (in Prozent)

| Industriezweig/Erzeugnis. | Anteil |
|--|--------|
| Eisenerzbergbau | 5,1 |
| Blei- und Zinkerzbergbau | 3,9 |
| Kupfererzbergbau | 92,8 |
| Stein- und Kalisalzbergbau | 59,7 |
| Steinkohlebergbau | 2,3 |
| Braunkohlebergbau | 64,1 |
| Erdölgewinnung | 0,02 |
| Eisenschaffende Industrie | 6,5 |
| Nichteisenmetallindustrie | 31,5 |
| Gießerei-Industrie | 21,6 |
| Kraftstoffindustrie ¹ | 40,1 |
| Düngemittelindustrie einschl. Karbid, Stickstoff-Phosphor-Verbindungen | 32,9 |
| Kunststoff-Industrie | 35,9 |
| chemisch-technische Industrie ¹ | 24,0 |
| Kautschuk- und Asbestindustrie | 17,1 |
| Steine und Erden | 26,2 |
| Eisen- und Stahlwarenindustrie | 23,4 |
| Maschinenbau ² | 31,1 |
| davon: | |
| Werkzeugmaschinen ¹ | 37,9 |
| Textilmaschinen ¹ | 54,3 |
| Landwirtsch. Maschinen ¹ | 22,2 |
| Fahrzeugbau ¹ | 27,5 |
| Elektroindustrie | 25,4 |
| Feinmechanik u. optische Industrie | 33,1 |
| Keramische und Glasindustrie | 38,1 |
| Druck- und Papierverarbeitung | 37,1 |
| Lederindustrie | 24,5 |
| Textilindustrie | 37,2 |
| Bekleidungsindustrie | 44,9 |
| Nahrungs- und Genußmittelindustrie | 31,9 |

¹ Ohne Berücksichtigung Berlins, da die Produktion dieser Zweige nicht aufgegliedert für die Hauptstadt der DDR einerseits und Westberlin andererseits vorlag.

² einschließlich Fahrzeugbau, Schiffbau und Flugzeugindustrie.

späteren DDR im Jahre 1936 mit ca. 25 Prozent beteiligt.¹⁵ Im Außenhandel dominierten die Beziehungen zu den west- und nordeuropäischen Ländern. Die Veränderungen, die sich während des Krieges in diesen Beziehungen ergaben, müssen hier außer Betracht bleiben. Wichtig ist für unser Thema, daß mit der totalen Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus jene Industriezweige, die sich auf den Außenhandel gründeten, in eine außerordentlich schwierige Situation kamen.

Die industrielle Struktur verweist ebenso wie der Grad der Vergesellschaftung der Produktion auf ein weiteres Merkmal der deutschen Industrie. Es bestand in einem allgemein hohen technisch-technologischen Niveau der Produktion und Erzeugnisse.

Diese Feststellung ist in zwei Punkten zu relativieren. Zum ersten waren innerhalb der Industriezweige erhebliche Unterschiede in der technisch-technologischen Ausstattung der Betriebe zu verzeichnen. Neben mit den modernsten Produktionsmitteln ausgerüsteten Produktionsstätten gab es technisch rückständige. Auch in den Betrieben selbst war das produktionstechnische Niveau differenziert/uneinheitlich. Das traf vor allem auf die Fertigungindustrie zu. Zweitens existierte ein bemerkenswertes Gefälle zwischen den Industriezweigen. Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung besonders in der Leichtindustrie erfolgte über längere Zeit hinweg keine durchgängige Erneuerung des Produktionsapparates. Desweiteren herrschte in einer Reihe von Zweigen die Hand- gegenüber der Maschinenarbeit noch vor, wie z. B. in der feinmechanisch-optischen sowie der Glas- und keramischen Industrie.¹⁶

Der unterschiedliche Technisierungsgrad in der Industrie brachte einen, gemessen an den anderen kapitalistischen Hauptländern, relativ niedrigen Stand der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit hervor. Im Vergleich mit den USA, Großbritannien, Frankreich und Japan, in denen zwischen 1929 und 1937 die Produktivität je Arbeitsstunde zwischen 33 und 20 Prozent anstieg, vermochte die deutsche Industrie in diesen Jahren in einer Arbeitsstunde nur 9 bis 10 Prozent mehr zu produzieren.¹⁷ In den Kriegsjahren gelang der deutschen Industrie in dieser Hinsicht kein entscheidender Fortschritt. Veränderungen erzielten lediglich große Rüstungsunternehmen.¹⁸

Als ein weiteres Kennzeichen der deutschen Industrie muß das kulturell-technische Niveau und die soziale Lage der Industriearbeiterschaft sowie die Struktur der in der Industrie tätigen wissenschaftlich-technischen Intelligenz genannt werden. Die deutsche Bourgeoisie verfügte über disziplinierte und gut ausgebildete Industriearbeiter.¹⁹ 1936 waren in der Industrie 9708916 Arbeiter und Angestellte tätig²⁰, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl seit längerer Zeit ihre Arbeitserfahrungen und -fertigkeiten im industriellen Arbeitsprozeß gesammelt hatten und zu einem Großteil über eine gründliche berufliche Ausbildung verfügten.

Das Heranziehen großer Teile der Industriearbeiterschaft zum Dienst in der faschistischen Wehrmacht und in anderen militärischen Organisationen und der Tod, den eine beträchtliche Anzahl von Industriearbeitern auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkrieges fand, beeinträchtigte das kulturell-technische Niveau der deutschen

¹⁵ LV-22, S. 85 (Barthel)

¹⁶ LV-174, S. 23ff. (Mottek); LV-193a (Produktivkräfte)

¹⁷ LV-77, S. 35 (Eichholz, 1)

¹⁸ LV-77, S. 293ff. (Eichholz, 2)

¹⁹ LV-174, S. 55ff. (Mottek)

²⁰ AV-125 (StAW, LTh, MD, 1375)

Industriearbeiterschaft während des Krieges und nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus für längere Zeit. Durch den „totalen Krieg“ wurde die berufliche Ausbildung einer neuen Arbeitergeneration behindert.

Das relativ hohe technische Niveau der Rüstungsproduktion zwang die faschistischen Machthaber allerdings dazu, eine größere Anzahl von qualifizierten Arbeitskräften auch bei einer äußerst zugespitzten militärischen Lage in den kriegswichtigen Betrieben zu belassen.²¹ Das gereichte der Arbeiterklasse nach der Befreiung vom Faschismus zum Vorteil.

Mit zunehmender Dauer des faschistischen Aggressionskrieges ersetzte die Monopolbourgeoisie in einem wachsenden Maße deutsche Arbeitskräfte durch Kriegsgefangene und durch aus den okkupierten Ländern nach Deutschland verschleppte Arbeiter.²² Ihre Wohlfeilheit ermöglichte es den Unternehmern, in verschiedenen Industriezweigen die Technisierung der Produktion zu vernachlässigen. Das hatte in den ersten Jahren nach der Befreiung vom Faschismus zur Folge, daß mit dem dann verfügbaren Arbeitskräftereservoir die Arbeitsplätze nicht ohne weiteres besetzt werden konnten.

Ein überaus wichtiges Merkmal für die Entwicklung der Industrie in den 30er und frühen 40er Jahren bestand in dem hohen Niveau, in dem sich die Forschung und Entwicklung, die in der Industrie selbst und für die Industrie betrieben wurde, befand. Es muß angemerkt werden, daß nicht alle Industriezweige an den Ergebnissen der wissenschaftlich-technischen Arbeit, die in Deutschland erzielt wurden, partizipierten. Verschiedene Zweige gründeten ihre Produktion ausschließlich auf solche Ergebnisse. Andere wiederum verfügten über keinerlei eigene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten.²³

Die verschiedenen Merkmale der industriellen Entwicklung spiegelten aber auch wider, daß in Deutschland, im Schoße des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die materiellen Vorbedingungen für das Entstehen einer neuen Gesellschaftsordnung herangereift waren. Der hohe Grad der kapitalistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und Arbeit waren das entscheidende Anzeichen dafür, daß der Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte es gestattete, grundlegende Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder zu befriedigen. Als ein negativer Beleg dafür kann die massenhafte Vergeudung der materiellen Ressourcen und des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in den Vorkriegs- und Kriegsjahren genommen werden.²⁴

Die kapitalistische Vergesellschaftung der industriellen Produktion war von einem solchen Niveau, daß für das Aufheben der antagonistischen Klassen und Klassenunterschiede und für die freie und allseitige Entfaltung der Persönlichkeit die materiellen Voraussetzungen gegeben waren. Auf der in den letzten Jahren der faschistischen Herrschaft erreichten Stufe der Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit bestanden also alle erforderlichen materiellen Vorbedingungen, um die Gesellschaft von dem antagonistischen Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung ihrer Ergebnisse zu befreien und in Verhältnisse zu führen, die es erlaubten, die Entwicklung der Produktivkräfte durch die Gesellschaft zu beherrschen.

Unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft vollzog sich diese Entwicklung der

²¹ LV-77, S. 179 ff. (Eichholz, 2); LV-193a, S. 456 ff. (Produktivkräfte)

²² LV-77, S. 179 ff. (Eichholz, 2)

²³ LV-174, S. 48 ff. (Mottek)

²⁴ LV-48 (Deutschland, 1-6); LV-77 (Eichholz, 1-2); LV-302 (Zumpe)

materiellen Vorbedingungen des Sozialismus außerordentlich widersprüchlich. Einerseits kam es in dieser Hinsicht zu bemerkenswerten Fortschritten. Zum anderen entstanden im Prozeß der Kriegsrüstung in wachsendem Maße spezifische Produktionskapazitäten, die im Zuge der Entmilitarisierung der Wirtschaft, der Zerschlagung des Hitlerfaschismus ohne Einschränkung vernichtet werden mußten. Im Verlaufe des Krieges wurde das industrielle Produktionspotential, das zur Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft dienen konnte, zunehmend in Mitleidenschaft gezogen. Insbesondere seit 1944 kam es durch anglo-amerikanische Bombardements zu Zerstörungen von industriellen Produktionsanlagen und wirksamen Unterbrechungen von Transportverbindungen mit erheblichen Folgen für den Ablauf der Produktion. Wenn 1942 durch den Luftkrieg lediglich 2,5 Prozent der Produktion ausfielen, so waren es 1944 bereits 17 Prozent.²⁵ Schließlich sank in den ersten Monaten des Jahres 1945 die Industrieproduktion rasch ab und kam im April 1945 vollständig zum Erliegen. Dafür sorgten die SS- und Wehrmachts-einheiten, die bei ihrem Rückzug auf deutschem Gebiet die Taktik der verbrannten Erde fortsetzten. Darüber hinaus wurde ein erheblicher Teil von Betrieben und Betriebsteilen bei Bodenkämpfen vernichtet.

Auf dem Territorium der späteren DDR fielen so über 1500 Groß- und 800 Klein- und Mittelbetriebe der Zerstörung anheim. Über den Umfang der durch die Bombardements und Bodenkämpfe auf dem sowjetischen Besatzungsgebiet vernichteten industriellen Produktionskapazitäten liegen keine gesicherten Angaben vor. Die Angabe, daß ca. 40 Prozent des Industriepotentials zerstört worden seien, erscheint nach neueren Untersuchungen über die Kriegsfolgen in ausgewählten Zweigen als zu hoch angesetzt.²⁶

Ungeachtet der durchaus beträchtlichen Auswirkungen des Krieges, der Wiedergutmachungsleistungen an die UdSSR und die VR Polen und der entstandenen Disproportionen durch die imperialistische Spaltung Deutschlands auf die Industrie, waren die materiellen Vorbedingungen für einen tiefgreifenden Wandel der Gesellschaftsverhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR stärker ausgebildet als in den anderen Ländern, die den Weg in den Sozialismus beschritten hatten.

Rußland war vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ein Land von mittelmäßigem Niveau der Industrie, in der die Konsumgütererzeugung mit einem Anteil von 66,7 Prozent dominierte. In Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn bestimmte die agrarische Produktion die Volkswirtschaft. Die Tabelle 11 gibt eine Übersicht über den Anteil der Industrie an der von ihr und der Landwirtschaft erbrachten Gesamtproduktion, sowie über den Anteil der Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie an der gesamten industriellen Erzeugung in ausgewählten Ländern.

In den sozialistischen Ländern Asiens herrschte gleichfalls die Landwirtschaft vor. Der Industrieanteil an der Gesamtproduktion von Industrie und Landwirtschaft belief sich Ende der 40er Jahre in China auf 30,1 Prozent, in Nordkorea auf 47 Prozent und in Nordvietnam im Jahre 1955 auf 16,9 Prozent. Der Maschinenbau trug in China lediglich mit 1,7 Prozent und in Nordkorea mit 1,4 Prozent zur Industrieproduktion bei.²⁷

²⁵ LV-22, S. 38 (Barthel)

²⁶ LV-22, S. 44 (Barthel); LV-170, S. 16 (Müller/Reißig); LV-213 (Roesler/Siedt/Elle)

²⁷ LV-147, S. 6 ff. (Laschke)

Tabelle 11
Ökonomische Grundstruktur ausgewählter europäischer Länder vor dem zweiten Weltkrieg

| Land | Anteil von Industrie und Landwirtschaft am Gesamtprodukt beider Bereiche in Prozent | | Anteil der Abteilungen A und B an der Industrieproduktion in Prozent | | Anteil von Maschinenbau und Metallverarbeitung an der Industrieproduktion in Prozent |
|-----------|---|----------------|--|-------------------|--|
| | Industrie | Landwirtschaft | A | B | |
| Bulgarien | 24,8 | 75,2 | 22,6 | 77,4 | 2,5 |
| ČSR | 57,0 | 43,0 | 49,3 | 50,7 | 16,6 |
| Polen | 47,4 | 52,6 | 47,1 ¹ | 52,9 ¹ | 7,0 |
| Rumänien | 35,0 | 65,0 | 45,5 | 54,5 | 10,2 |
| Ungarn | 42,0 | 58,0 | 44,8 | 55,2 | 14–15 |

¹ Stand des Jahres 1949

Quelle: LV-147, S. 17 (Laschke)

Die Industrie war in den europäischen und in den asiatischen Volksdemokratien weitgehend in die Arbeitsteilung hochentwickelter kapitalistischer Industrieländer einbezogen und hatte eine einseitig ausgerichtete Struktur.

Die Unterschiede in den industriellen Ausgangsverhältnissen der sozialistischen Länder bestanden aber nicht nur in der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Industrie, im Grad der Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit und in der industriellen Struktur, sondern auch in der Bedeutung, die die nichtmonopolistische Industrie in den einzelnen Ländern einnahm. Während in den Ländern, die den sozialistischen Weg beschritten, die Industrie weitgehend vom ausländischen Finanzkapital beherrscht wurde, nationale Monopolunternehmen lediglich in einigen Zweigen präsent waren, und die kleinen und mittleren Fabrikanten den maßgeblichen Teil der nationalen Bourgeoisie bildeten, waren in Deutschland die nichtmonopolistischen Industriefirmen den einheimischen Monopolunternehmen untergeordnet und vom deutschen Finanzkapital abhängig. Die nichtmonopolistischen Unternehmer befanden sich objektiv in einer Frontstellung zur deutschen Monopolbourgeoisie. Aus diesem Grunde und weil sie eine durchaus starke ökonomische und technisch-technologische Position in einer Vielzahl von Industriezweigen hatten, fiel den kleinen und mittleren Unternehmern in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, aber auch in der sozialistischen Revolution eine etwas andere Rolle zu als in sozialistischen Ländern Europas und Asiens. Daher wird die Lage der nichtmonopolistischen Industrie in der faschistischen Kriegswirtschaft etwas eingehender betrachtet.

2. Zur Lage der nichtmonopolistischen Industrie in der faschistischen Kriegswirtschaft

Die Existenz jener industriellen Unternehmen, die wegen geringer Kapitalausstattung mit ihren Erzeugnissen weder den Warenmarkt zu monopolisieren vermochten, noch an einem derartigen Monopol teilhatten, gestaltete sich im faschistischen Deutschland höchst widersprüchlich. Diese Unternehmen nutzten die Bedingungen, die das staatsmonopolistische Herrschaftssystem seit der Errichtung der faschistischen Diktatur zur Sicherung der kapitalistischen Profitwirtschaft geschaffen hatte. Sie konnten ihre Interessen gegenüber den Belegschaften uneingeschränkt durchsetzen. Es sei nur auf das Verbot der revolutionären Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, auf die Einführung des Führerprinzips in den Betrieben, auf die faschistische Lohnpolitik verwiesen.²⁸ Ein erheblicher Teil kleiner und mittlerer Unternehmer zog einen nicht unbeträchtlichen ökonomischen Vorteil aus der Aufrüstung. Darauf ist noch einzugehen. Dessen ungeachtet gehörten die nichtmonopolistischen Industriellen zur Schicht der Bourgeoisie, die die Monopolkapitalisten von der Teilnahme an der unmittelbaren Macht im faschistischen Deutschland, die kleine Gruppe der Naziaktivisten unter ihnen ausgenommen, ausgeschlossen hatte.²⁹ Der faschistische Aggressionskrieg traf eine zunehmende Anzahl nichtmonopolistischer Industrieunternehmen an ihrer ökonomischen Wurzel.

Mit dem Ausbau des staatsmonopolistischen Systems schufen sich die Monopolisten auch immer bessere Voraussetzungen, um die Konkurrenz der nichtmonopolistischen Unternehmen einzuschränken und, wenn möglich, gänzlich aufzuheben. Die von den Monopolunternehmen dabei praktizierten Methoden waren vielfältig. Seit 1933 wurden die Vertreter der nichtmonopolistischen Industriebourgeoisie entschieden aus den Gremien der unternehmerischen Organisationen verdrängt. Ein Vorgang, der im Zuge der Reorganisation der Industrie in den folgenden Jahren forciert wurde.³⁰

In den umgestalteten oder neu geschaffenen Gremien des staatsmonopolistischen Regulierungsapparates nahmen die Repräsentanten der Monopolunternehmen maßgebliche Positionen ein³¹, die sie dazu nutzten, die kleineren und mittleren Unternehmen aus dem Felde zu schlagen. Das zeigte sich schon in der Aufrüstungsphase, in der nichtmonopolistische Unternehmen, die ihr Kapital in Industriezweigen angelegt hatten, die für die Kriegsvorbereitung ohne oder nur von geringer Bedeutung waren, teilweise beträchtliche Einschränkungen in ihrer Geschäftstätigkeit hinnehmen mußten. Das traf insbesondere auf Firmen zu, die Erzeugnisse für den Weltmarkt

²⁸ LV-48 (Deutschland, 1-6)

²⁹ Die ungefähre Anzahl nichtmonopolistischer Industrieunternehmen in Deutschland läßt sich mit Hilfe der Betriebsstättezahl des Jahres 1939 ermitteln. Die Statistik weist 147000 Betriebe in Deutschland aus, in denen mehr als 10 Beschäftigte tätig waren. Davon sind 137000 zu Klein- und Mittelbetrieben zu rechnen, deren Beschäftigtenzahl zwischen 11 und 200 lag. 79,1 Prozent dieser Betriebe beschäftigten zwischen 11 und 50, 20,9 Prozent zwischen 51 und 200 Arbeiter und Angestellte. Errechnet nach: LV-83, S. 25 (Faingar)

³⁰ LV-302, S. 124 (Zumpe)

³¹ LV-302, S. 182f./222f./250f./316f./ (Zumpe); LV-48, S. 74f./135f./198f./220f./531f. (Deutschland, 1)/S. 283f. (Deutschland, 2)/S. 211f. (Deutschland) 3)/S. 433f. (Deutschland, 4)

produzierten, die sich im Hinblick auf den Aggressionskrieg nicht in die Außenwirtschaftsstrategie des Monopolkapitals einfügten.³² Eine besonders wirksame Methode des Konkurrenzkampfes gegen die nichtmonopolistische Industrie bestand darin, die kriegswirtschaftlichen Mobilmachungspläne so anzulegen, daß bei Kriegsbeginn vornehmlich die Betriebe der Monopolunternehmen zu dem Kreis derer gehörten, die als wehrwirtschaftlich wichtige Betriebe das Recht hatten, ihre Produktion fortzusetzen. Ein treffender Beleg dafür ist die chemische Industrie. Im Runderlaß des Reichswirtschaftsministeriums Nr. 120/40, im Februar 1940 verfaßt, wurde festgestellt: „Die zur chemischen Industrie gehörenden W-Betriebe sind daher tatsächlich eine Auslese und als Mindestzahl anzusehen, die für die Kriegsführung erforderlich sind.“³³ Die Abteilung II des Reichswirtschaftsministeriums führte über die Mobilmachungsmaßnahmen für die Lackindustrie aus, „daß die Pläne zur Betriebseinschränkung oder -stilllegung sorgfältig vorbereitet und im Benehmen mit der fachlich zuständigen Organisation der gewerblichen Wirtschaft, der Fachgruppe Lacke, aufgestellt worden sind.“³⁴

Anlaß für das Selektionsverfahren bot den Monopolunternehmen die Notwendigkeit, wegen der Begrenztheit der Elektroenergieerzeugung, der Roh- und Brennstoffe, der Einengung des Binnenmarktes, der kriegsbedingten Beschränkung des individuellen Konsums, des Ausfalls von Teilen des Außenmarktes und des Personalbedarfs der faschistischen Wehrmacht sowie der Rüstungsindustrie³⁵, die Produktion in leistungsfähigen Betrieben zu konzentrieren. Im September 1939 traten die Mobilisierungspläne in Kraft und lösten eine Welle von Stilllegungen industrieller Unternehmen aus, die allerdings das ursprünglich in Aussicht genommene Ausmaß nicht erreichte.

Ein wichtiger Grund dafür bestand neben dem Verlauf der militärischen Kampfhandlungen in der Reaktion der betroffenen Belegschaften und Unternehmer. Darauf weist ein Brief des Kreiswirtschaftsberaters der NSDAP Gera-Stadt und Land, am 25. September 1939 verfaßt, hin. Er reflektierte die Stimmung in der Geraer Textilunternehmenschaft, die mit der Wirkung der Anordnung Nr. 1 des Sonderbeauftragten für Spinnstoffe konfrontiert worden war. Das Befolgen der am 4. September in Kraft getretenen Verordnung, die bis ins einzelne die Verwendung von Textilfasern bestimmte, führte zur Produktionseinstellung in ganzen Branchen der Textilindustrie.

³² LV-77, S. 13 ff. (Eichholz, 1)

³³ AV-121 (StAW, Th. WM, 4216)

³⁴ AV-121 (StAW, Th. WM, 4216)

³⁵ Am 30. 1. 1940 ließ die Fachgruppe Lacke der Wirtschaftsgruppe Chemie an 650 Firmen ein Einschreiben zustellen, in dem es heißt: „Im Interesse Ihrer betrieblichen Disposition glauben wir, Sie schon heute im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen vorsorglich darüber unterrichten zu sollen, daß Sie . . . ab 1. März ds. Js. mit einer Zuteilung bewirtschafteter Rohstoffe seitens der beteiligten Reichsstellen nicht mehr rechnen können.“

AV-121 (StAW, Th. WM, 4216)

Die Auswirkungen der Rohstoffbewirtschaftung auf die betroffenen Firmen gehen aus folgenden Angaben hervor. Im Vergleich zu 1938 konnten Unternehmen, die nicht als kriegswichtig eingestuft waren, im Jahre 1940 nur eine Zuteilung von Ölen, Natur- und Kunstharzen von 35 Prozent erwarten.

AV-121 (StAW, Th. WM, 4216)

Der Kreiswirtschaftsberater schreibt dazu: „Es war natürlich, daß die im Bezirk ansässige Textilindustrie durch die neuen kriegswirtschaftlichen Verfügungen . . . stark beunruhigt worden ist . . . Das nunmehr gewonnene Bild (von den Auswirkungen der Spinnstoffverordnung, d. V.) . . . erregte die größte Besorgnis.“³⁶ Unter Verweis darauf, daß Gera und Ostthüringen früher „eine Hochburg der roten Parteien, deren Spuren heute noch fühlbar sind“, war, warnte der Geraer Nazi die Wehrwirtschaftsstelle Weimar mit den Worten: „. . . darf man vorausschauend doch nicht die stimmungsmäßigen Auswirkungen von Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit übersehen, besonders dann, wenn sie längere Zeit und in größerem Ausmaße einen verhältnismäßig kleinen Bezirk treffen.“³⁷ Die faschistische Führung ließ darum, solange es möglich war, von einer massenhaften Stillegung industrieller Produktionsstätten der mittleren und kleinen Unternehmer ab und wählte den Weg der Streuung staatlicher Aufträge an einen größeren Kreis von Unternehmen.³⁸

Eine andere, vornehmlich von Monopolunternehmen in der metallverarbeitenden Industrie praktizierte Methode, kleine und mittlere Firmen vom Markt zu verdrängen, bestand in deren kommerzieller Unterordnung. Sie wurde durch den Umstand außerordentlich begünstigt, daß zu Beginn des Krieges die Mehrheit der nichtmonopolistischen Unternehmen nicht als wehrwirtschaftlich wichtig eingestuft war. Von einer solchen Einstufung hing es ab, ob und in welchem Umfang das Unternehmen weitergeführt werden konnte. Sie war aber in der Regel nur durch die Übernahme von Aufträgen der im Rüstungsgeschäft stehenden Monopolbetriebe zu erreichen. Die Auftraggeber bestimmten Art und Weise dieser Aufträge und unterwarfen damit sehr häufig die kleinen und mittleren Unternehmen einer technisch-ökonomischen Abhängigkeit. In den meisten Fällen waren die betroffenen Unternehmen gezwungen, um die geforderten Mengen an Zulieferteilen zu garantieren, traditionelle Erzeugnisse aus dem Produktionssortiment zu nehmen. Das Unterordnen von Unternehmen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie unter ein Monopolunternehmen bedeutete nicht in jedem Falle eine unmittelbare kommerzielle Benachteiligung. Die Beteiligung an Rüstungsaufträgen brachte mittleren und kleinen Unternehmen oft einen bemerkenswerten finanziellen Vorteil, der aber aufgrund der kriegswirtschaftlichen Bestimmungen nicht für eine ökonomische Weiterentwicklung der Unternehmen genutzt werden konnte. Darüber hinaus wog ein derartiger Vorteil zumeist die negativen Veränderungen in den Existenzbedingungen der Unternehmen und der Industriellen nicht auf. Trotzdem verstand es mancher Unternehmer auch, eine günstige Konstellation zu nutzen und seine Firma in den Kreis der Großbetriebe zu führen.

Wenn zwischen 1939 und 1941 das Einordnen einer großen Anzahl von kleinen und mittleren Unternehmen in den Reproduktionsprozeß von Monopolunternehmen noch mehr oder weniger auf dem Wege des gegenseitigen Einvernehmens erfolgte, so veränderte sich die Sachlage mit dem grundlegenden Wandel der militärischen und wirtschaftlichen Situation des faschistischen deutschen Imperialismus, der mit dem Überfall auf die UdSSR eintrat. Im Gefolge der für die faschistische Wehrmacht verlustreichen Kämpfe an der deutsch-sowjetischen Front griffen die staatsmonopolistischen Regulierungsorgane zu administrativen und kommerziellen Mitteln, von

³⁶ AV-122 (StAW, Th. WM, 4217)

³⁷ AV-122 (StAW, Th. WM, 4217)

³⁸ LV-29 (Bericht 2. 2. 1940)

denen sich das Monopolkapital und die faschistische Führung ein wirkungsvolleres Anpassen der Industrie an die Erfordernisse des Krieges erhofften. Die außerordentlichen Befugnisse, die sich die führenden Männer der Monopolbourgeoisie einräumten, gestatteten es dem Monopolkapital, seine Interessen uneingeschränkter wahrzunehmen.³⁹

Aufgrund des Hitlererlasses vom 3. Dezember 1941 über die „Vereinfachung und Leistungssteigerung unserer Rüstungsproduktion“ und der Verfügung vom 22. Dezember 1941, die die „Selbstverwaltung der Rüstungswirtschaft“ anordnete⁴⁰, diskutierte der Beirat der Reichsgruppe Industrie am 5. Februar 1942 die Schritte, die notwendig waren, um das Ziel des Hitlererlasses zu erreichen. Wilhelm Zangen, Leiter der Reichsgruppe, hob in seinem einführenden Beitrag hervor, „daß die gesamte Industrie als Rüstungsindustrie zu gelten habe und damit vor die Aufgabe der Durchführung des Führerbefehls (vom 3. Dezember 1941, d. V.) gestellt sei.“⁴¹ Der Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau und Bevollmächtigte für Maschinenproduktion formulierte in der Diskussion die Aufgabe wie folgt: „Erste Etappe: Typenbeschränkung. Zweite Etappe: Bereinigung des Fertigungsprogramms. Dritte Etappe: Umstellung der Fertigung oder Stilllegung.“⁴² Obgleich Wilhelm Zangen in der Beiratssitzung die Versicherung abgab, daß die Aktion „keineswegs gegen Mittel- und Kleinbetriebe gerichtet sei, vielmehr ausschließlich gegen unwirtschaftliche Betriebe“⁴³, zeigte sich, daß ein zunehmender Kreis nichtmonopolistischer Unternehmen in die Position eines unwirtschaftlichen Betriebes geriet. Der Rationalisierungsprozeß, der von den Monopolunternehmen ausging und ganz in ihrem Dienst stand, schränkte den ökonomischen Spielraum mittlerer und kleinerer Unternehmen erheblich ein. Das wurde sowohl durch administrative als auch ökonomische Entscheidungen des staatsmonopolistischen Lenkungsapparates erreicht. Als ein Beispiel für die Auswirkungen der Rationalisierungsmaßnahmen auf die von uns untersuchte Unternehmensgruppe nehmen wir die Firma Goswin u. Co. in Iserloh/Westfalen. Dieser Armaturen- und Baubeschlagfabrik wurde am 9. Juni 1943 vom Münsteraner Landeswirtschaftsamt verboten, ihr traditionelles und gewinnbringendes Erzeugnis weiter herzustellen. Das Amt beauftragte ein größeres Unternehmen mit der Fortführung der Armaturenherstellung. Die Iserloher Firma hatte ihre Fertigungskapazität für die Fabrikation von Munitionsteilen einzusetzen. Darauf war sie aber technisch nicht eingerichtet.⁴⁴

Mit den Rationalisierungstendenzen in der Rüstungsindustrie war also für viele mittlere und kleine Unternehmen nicht nur das Verdrängen vom Markt, das Eingliedern in den Reproduktionsprozeß großer Firmen und der Verlust der ökonomischen Selbständigkeit verbunden, sondern auch die Verpflichtung, Produktionsinstrumente, die wegen der Spezialisierung der Produktion nicht mehr genutzt wurden, an andere Betriebe abzugeben. All diese Maßnahmen der rüstungswirtschaftlichen Rationalisierung wirkten sich sowohl auf die aktuelle Lage der betroffenen Unternehmen als auch auf ihre künftige Stellung auf dem Markt aus.⁴⁵

³⁹ LV-48, S. 285f., 326f. (Deutschland, 2)

⁴⁰ LV-302, S. 338, 340f. (Zumpe); LV-48, S. 287f. (Deutschland, 2)

⁴¹ LV-4, S. 385 (Anatomie)

⁴² LV-4, S. 385 (Anatomie)

⁴³ LV-4, S. 385 (Anatomie)

⁴⁴ AV-1, Bl. 12 (ZStAP, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 11 642)

In welchem Umfang die Monopolunternehmen die Rationalisierung nutzten oder zu nutzen suchten, um die nichtmonopolistische Konkurrenz vom Markt zu vertreiben, erhellt folgendes Beispiel: Am 8. August 1944 ging beim Reichswirtschaftsminister ein von Richard Oetker verfaßtes Exposé ein.⁴⁶ Es enthielt den Vorschlag, von dem einschlägigen Gesamtsortiment des Industriezweiges nur noch Puddingpulver und Vanillinzucker herzustellen und „für die Fertigung nur die leistungsfähigsten Betriebe der Branche unter Ausnutzung ihrer Höchstkapazität heranzuziehen“.⁴⁷ Richard Oetkers Überlegungen gipfelten in der Erkenntnis: „10–20 der leistungstärksten Firmen würden nach meinem Dafürhalten bei Ausnutzung der Höchstkapazität durchaus in der Lage sein, den gesamten Bedarf der deutschen Bevölkerung zu decken . . . Würde man darunter die über das Reich verstreut liegenden Oetker-Betriebe . . . für die Produktion einspannen, so könnten diese unter den gegebenen Verhältnissen die Backpulverherstellung ganz übernehmen, von der Vanillinzuckerherstellung würde sie etwa 70 % und von der Puddingpulverherstellung 50–60 % schaffen.“⁴⁸ Der Vorschlag des Monopolkapitalisten Richard Oetker betraf die Existenz von ca. 400 Back- und Puddingpulver produzierenden Unternehmen, deren Eigentümer in ihrer überwiegenden Mehrheit zur nichtmonopolistischen Industriebourgeoisie gehörten.⁴⁹

Wenn auch das rasche Ende der faschistischen Herrschaft einen Erfolg Richard Oetkers verhinderte, so lag doch dessen Streben ganz im Sinne von Wilhelm Zangen, der am 1. März 1942 in der Nazizeitung „Das Reich“ schreibt: „Zunächst kommt es mehr als bisher auf die Verlagerung der Produktion auf die besten Betriebe an“.⁵⁰ Die „Schonung guter alter Betriebe“ durch eine Streuung der Aufträge sei eine nicht mehr überall durchzuhaltende Maßnahme. Frontbedürfnisse erforderten „heute eine allgemeine Neigung zur Konzentration der Arbeit auf das hochindustrialisierte technisch und wirtschaftlich leistungsfähigste Werk“. Zangen hielt das Bedauern über „eine Zwangsläufigkeit der Entwicklung“ für zwecklos.⁵¹

Mit welcher Entschiedenheit dabei vorgegangen wurde, zeigen die Veränderungen in der Anzahl der Produktionsstätten im Maschinenbau. Bis Oktober 1943 sank die Anzahl von Maschinenbaubetrieben von 4210 auf 1255. Am entschiedensten vollzog sich dieser Prozeß im Holzbearbeitungsmaschinen-, im Drehmaschinen-, im Waggon- und Büromaschinenbau. In diesen Branchen verminderten sich die Produktionsstätten zwischen 93 und 77 Prozent.⁵²

Dieser Konzentrationsprozeß in der Industrie, der auf Kosten nichtmonopolistischer Unternehmer ging, wurde auch durch eine geänderte Preispolitik unterstützt. Seit Ende 1941 löste in der Rüstungsindustrie das Festpreissystem die mit der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 allgemeinverbindlichen Preisbildungs- und Kalkulationsvorschriften ab.⁵³ Es ist hier nicht der Platz, um näher auf die Preis-

⁴⁵ LV-23 (Baumbach)

⁴⁶ AV-2, Bl. 7 (ZStAP, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 11 665)

⁴⁷ AV-2, Bl. 7 (ZStAP, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 11 665)

⁴⁸ AV-2, Bl. 7f. (ZStAP, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 11 665)

⁴⁹ AV-2, Bl. 2 (ZStAP, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 11 665)

⁵⁰ LV-297 (Zangen) ⁵¹ LV-297 (Zangen)

⁵² LV-77, S. 317 (Eichholz, 2)

⁵³ LV-48, S. 301f. (Deutschland, 2); LV-77, S. 513ff. (Eichholz, 2); LV-122, S. 106ff. (Hundt)

bildungsprobleme einzugehen. Wichtig aber ist die Feststellung, daß mit dem Festpreissystem die mittleren und kleineren Industrieunternehmen in der Regel benachteiligt wurden, weil sie nicht die technisch-ökonomischen Voraussetzungen für das Ausnutzen der mit den Festpreisen gegebenen Möglichkeiten zum Profitmachen hatten. Das galt umso mehr für Unternehmen, die erst durch kriegswirtschaftliche Entscheidungen in die Rüstungsproduktion eingegliedert worden waren.

Der ständig anwachsende Personalbedarf der faschistischen Wehrmacht bot den Monopolunternehmen eine weitere Gelegenheit, um den ökonomischen Kampf gegen die kleinen und mittleren Betriebe zu führen. Die Arbeitskräfte dieser Betriebe wurden entweder zur Wehrmacht oder zu anderen faschistischen Organisationen eingezogen bzw. wenn es sich um Fachkräfte handelte, zur Arbeit in Monopolbetrieben zwangsverpflichtet. Schon im Frühjahr 1940 kam es aus diesem Grunde zu einer „Stilllegung der Betriebe mit nichtkriegswirtschaftlicher Produktion“.⁵⁴ Das betraf vornehmlich die Konsumgüterindustrie.

Die damit verbundene Unruhe von Unternehmern und Arbeitern veranlaßte das Reichswirtschaftsministerium, besänftigende Erklärungen abzugeben. Das Abziehen von Arbeitskräften und das Ausbleiben von Rohstofflieferungen veränderten die Reproduktionsbedingungen vieler mittlerer und kleiner Unternehmen der Konsumgüterindustrie seit dem Herbst 1941. Immer mehr von diesen Unternehmern waren vor die Entscheidung gestellt, die Betriebsstätte zu schließen, jede Möglichkeit der Profitmacherei aufzugeben, vom Markt zu verschwinden, die noch verbliebenen Teile der Belegschaft für lange Zeit, vielleicht für immer zu verlieren, oder einen Weg zu suchen, der den Erhalt des Unternehmens, wenn auch im deformierten Zustand, gestattete. Dieser Weg öffnete sich für sie auch nur durch Unterwerfung unter eine Rüstungsfirma, womit die Aufgabe des bisherigen Fertigungsprogramms und die Übernahme einer völlig fremden Produktion verbunden war. Welche Probleme damit für den betroffenen Unternehmer entstanden, läßt die folgende Ausführung eines V. Malthesius in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erkennen: „Worauf es ihm (dem Unternehmer, d. V.) jetzt ankommt, das ist, *auch in der neuen Etappe der Konzentration, seinen Betrieb zu erhalten*. Dieser Selbstbehauptungswille kann sich zugleich in den Dienst des Ganzen stellen, wenn er sich neue Fertigungsziele setzt und alle Anstrengungen macht, dieser, zugegebenermaßen oft recht schwierigen Aufgabe, Herr zu werden.“⁵⁵ Die Probleme, die sich aus der Umstellung auf neue Fertigungsziele für den Unternehmer ergaben, lassen die folgenden Betrachtungen des Artikelschreibers erkennen: „Der Weg ist gewiß steinig und in manchen Fällen vielleicht für's erste wenig einladend, schon unter rein finanziellen Aspekten. Denn man weiß, daß Unterlieferungen heute sehr genau kalkuliert werden müssen, im Zuge der neuen Preispolitik noch schärfer als bisher, so daß dem sich umstellenden Betrieb keine goldenen Berge winken.“⁵⁶

Für viele Unternehmer in der Konsumgüterindustrie wurde vor allem der Personalbedarf der Wehrmacht und der Rüstungsbetriebe zu einer Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Ganz besonders, nachdem am 13. Januar 1943 Hitler den Erlaß „Über den umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für die Reichsverteidigung“

⁵⁴ LV-121 (Holtz)

⁵⁵ LV-153 (Malthesius)

⁵⁶ LV-153 (Malthesius)

unterzeichnet hatte.⁵⁷ Schon wenige Tage später stellte Albert Speer, Reichsminister für Bewaffnung und Munition, in einem Aufruf an die Leiter der Ausschüsse und Ringe fest: „Es wird sich nicht vermeiden lassen, wiederum Stilllegungen auch kleiner und unrationell arbeitender Unternehmen anzuordnen und die freigesetzten Arbeitskräfte spezialisierten Bestbetrieben zuzuführen.“⁵⁸

Im Zusammenhang mit den Stilllegungen von Industriebetrieben ist auf eine weitere Methode des Konkurrenzkampfes der Monopole gegen die nichtmonopolistischen Unternehmen zu verweisen. Rüstungsunternehmen verlagerten während des Krieges Teile ihrer Produktion in Regionen, die vor Luftangriffen geschützt schienen. Sie brachten Maschinen und Arbeitskräfte in den Produktionsräumen stillgelegter Betriebe unter. Verschiedentlich erwarben die Rüstungsfirmen solche Firmen, teilweise verschafften sie sich Zugang durch Zwangspachtung.⁵⁹

Die seit Ende des Jahres 1942 rasche Verschlechterung des wirtschaftlichen Daseins einer ständig wachsenden Zahl nichtmonopolistischer Industrieunternehmen kann, weil dazu statistische Angaben fehlen, nicht zusammenfassend dargestellt werden. Wir verfügen nur über Einzelangaben und indirekte Belege. Zu solch einer Einzelangabe zählt eine 1943 in „The Economic Journal“ veröffentlichte Übersicht. Danach sollen von 5000 Ziegeleien 4000, 11000 Spiritusbrennereien, die über 50 Prozent der Gesamtkapazität verfügten, 50 Prozent der Textil- und 75 Prozent der Möbelbetriebe (das Handwerk eingeschlossen) stillgelegt worden sein.⁶⁰

Die Zahl der Beschäftigten in der Thüringer Textilindustrie, die Bekleidungsindustrie ausgenommen, sank vom Mai 1939 bis zum Mai 1940 von 66800 auf 23000, und die Umstellung der Produktion in der Textilindustrie führte in der gleichen Region zu einem Absinken der betriebenen Kammgarnspindeln von 340000 auf 100000 und der Webstühle von ca. 12500 auf 9000.⁶¹

Als ein allgemeiner Ausdruck für die sich negativ entwickelnde ökonomische Lage eines großen Teils der nichtmonopolistischen Industrie kann der stetig absinkende Anteil der Konsumgüterproduktion am Nationaleinkommen genommen werden. Er verringerte sich auf dem Territorium des Deutschen Reiches, auf dem die DDR entstand, von 42 Prozent im Jahre 1936 auf 28,1 Prozent im Jahre 1944.⁶²

Die Veränderungen, die sich im Laufe des faschistischen Aggressionskrieges in der Lage der kleinen und mittleren Unternehmen vollzogen, ließen in der nichtmonopolistischen Bourgeoisie das Interesse an dem baldigen Ende dieses Krieges und des faschistischen Regimes aufkommen. Dieses Interesse richtete sich zugleich darauf, den Einfluß des staatsmonopolistischen Regulierungssystems auf das Wirtschaftsleben entschieden zu schwächen.

⁵⁷ LV-4, S. 417f. (Anatomie); LV-34, S. 59f. (Bleyer)

⁵⁸ LV-4, S. 419f. (Anatomie)

⁵⁹ LV-34, S. 108f. (Bleyer)

⁶⁰ LV-249, S. 245 (Journal)

⁶¹ LV-120, S. 11 (Holfter)

⁶² LV-22, S. 33 (Barthel)

KAPITEL 2

Die Wiederbelebung der industriellen Produktion und das Zurückdrängen der ökonomischen Macht der Monopolbourgeoisie sowie anderer Kriegs- und Naziverbrecher

1. Die Wiederaufnahme der Industrieproduktion

Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung der Industrie, integrierender Bestandteil des grundlegenden Wandels in den Gesellschaftsverhältnissen der sowjetischen Besatzungszone, in dessen Verlauf der Faschismus endgültig ausgerottet wurde und ein demokratisches Regime entstand¹, wurde Ende April/Anfang Mai 1945 eingeleitet.

Sie war in die zwischen Imperialismus einerseits und Sozialismus und Demokratie auf der anderen Seite stattfindenden weltweiten Auseinandersetzung eingebettet. Es waren verschiedenartige, eng miteinander verflochtene Prozesse, die die Anfangsphase dieser Umwälzung kennzeichneten. Unter ihnen sollen die durchgängige Wiederaufnahme der industriellen Produktion, die Durchsetzung der demokratischen Mitbestimmung der Arbeiterklasse über das Ziel der Produktion und über die Verwendung des Produzierten, die Säuberung des Wirtschaftsapparates und der Betriebe von aktiven Faschisten und das Übernehmen von Leitungsfunktionen durch Antifaschisten, das entschiedene Zurückdrängen der ökonomischen Macht der Monopolbourgeoisie und anderer Kriegs- und Naziverbrecher unter den Industriellen sowie die Entmilitarisierung der Industrie besonders hervorgehoben werden. Die politischen Bedingungen für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der Industrie und in anderen gesellschaftlichen Bereichen entstanden bereits in den ersten Wochen und Monaten nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Die von der Regierung der UdSSR im Juni 1945 gebildete Sowjetische Militäradministration² (im folgenden SMAD), die in der sowjetischen Besatzungszone die oberste Regierungsgewalt ausübte, verfolgte eine konsequent gegen den Faschismus und seine ökonomischen Wurzeln und auf die Demokratisierung gerichtete Politik. Sie förderte nach Kräften die antifaschistisch-demokratische Bewegung in der sowjetischen Besatzungszone. Das zeigte sich sowohl in der Zulassung politischer Parteien und Organisationen antifaschistisch-demokratischen Charakters als auch im Übertragen staatlicher Befugnisse an die entstehenden demokratischen Staatsorgane.³

Die Kommunistische Partei Deutschlands ließ sich in ihrem politischen Wirken von dem klaren Programm einer grundlegenden Wandlung der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse leiten.⁴ Dieses Programm und die gute

¹ LV-97, S. 72ff. (SED); LV-94, S. 21ff. (DDR)

² LV-264, S. 51ff. (Dokumente)

³ LV-94, S. 72ff. (DDR); LV-82, S. 31ff. (Arbeiter-und-Bauern-Staat)

⁴ LV-264, S. 56ff. (Dokumente); LV-97, S. 76ff. (SED)

Organisation der Partei ermöglichten es ihr, die politische Führung der Arbeiterklasse, dem Hegemon der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, zu übernehmen. Zwischen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, deren politische Grundsätze mit denen der Kommunisten in den Grundfragen übereinstimmten, entwickelte sich von Anfang an eine kameradschaftliche Zusammenarbeit. Durch sie vertiefte sich der Einfluß der revolutionären Arbeiterbewegung auf die Arbeiterklasse und andere Teile der werktätigen Bevölkerung rasch. Das fand vor allem im Entstehen einer einheitlichen Gewerkschafts- und Jugendbewegung ihren Ausdruck. Die Aktionseinheit zwischen der KPD und der SPD stärkte die antifaschistisch-demokratischen Haltungen in den bürgerlich-demokratischen Parteien.⁵

Die übereinstimmende Grundorientierung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte bildete den hauptsächlichsten Faktor dafür, daß sich demokratische Organe ausbildeten, die imstande waren, den gesellschaftlichen Wandlungsprozeß in der sowjetischen Besatzungszone mit staatlichen Mitteln zu führen.⁶

Die Durchführung der industriepolitischen Aufgaben oblag den im Juli 1945 als beratende Organe der SMAD eingerichteten Deutschen Zentralverwaltungen für Brennstoffindustrie, für Industrie sowie für Handel und Versorgung und den bei den Landes- und Provinzialverwaltungen entstandenen Wirtschaftsabteilungen. Von der politischen Reife und der Sachkunde der demokratischen Staatsorgane hing es wesentlich ab, in welchem Tempo und mit welcher Kompetenz die demokratische Industriepolitik verwirklicht wurde.⁷

Der erste Schwerpunkt in der Tätigkeit der demokratischen Staatsorgane auf industriellem Gebiet bestand darin, die Wiederaufnahme der Produktion zu organisieren und die vielfältigen Bemühungen der Belegschaften sowie von kleinen und mittleren Industriellen, ihre Betriebe wieder in Gang zu setzen, tatkräftig zu unterstützen. Ihrem Wirken war es mit zu danken, daß in den ersten Monaten nach der Befreiung vom Faschismus die Industrieproduktion partiell wieder aufgenommen wurde. Es waren vornehmlich die Arbeiter und Ingenieure in der Elektroenergiewirtschaft und in der Brennstoffindustrie, die dabei die größten Fortschritte erzielten. Die Beschäftigten der Elektroenergiewirtschaft vermochten in kurzer Zeit die Kraftwerke betriebsbereit und das im Gefolge von Kampfhandlungen unterbrochene Netz der Elektroenergieübertragung, wenn auch vorerst provisorisch, wieder funktionstüchtig zu machen.⁸ Sie erhielten dabei durch die Dienststellen der sowjetischen Besatzungsmacht und durch Spezialeinheiten der Sowjetarmee alle erdenkliche Unterstützung. In Berlin, wo am 27. April 1945 das Energiesystem vollends zusammengebrochen war, gelang es schon am 28. April 1945, eine Notversorgung aufzubauen.⁹ Am 10./11. Mai 1945 erzeugten die Kraftwerke in der sowjetischen Besatzungszone die ersten 53 Megawatt. Im Juli 1945 belief sich die Elektroenergieerzeugung bereits auf 800 bis 1000 Megawatt. Daran waren vornehmlich die Großkraftwerke in Sachsen und Sachsen-

⁵ LV-97, S. 88 ff., 107 ff. (SED)

⁶ LV-82, S. 41 ff. (Arbeiter-und-Bauern-Staat)

⁷ LV-161, S. 22 ff., 99 ff. (Merker)

⁸ LV-129, S. 68 ff. (Kirchhoff)

⁹ LV-129, S. 81 (Kirchhoff)

¹⁰ LV-129, S. 80 f. (Kirchhoff)

Anhalt beteiligt.¹⁰ Die Voraussetzung für diese Entwicklung wurde in den Braunkohlengruben dieser Länder geschaffen.¹¹

Betriebsbelegschaften in anderen Industriezweigen befaßten sich, waren ihre Produktionsstätten durch militärische Aktionen in Mitleidenschaft gezogen, mit Aufräumungsarbeiten oder nahmen eine improvisierte Produktion von Haushaltsgegenständen, landwirtschaftlichem Gerät u. ä. auf. Eine Reihe von Belegschaften beteiligte sich an der Wiederherstellung zerstörter kommunaler Einrichtungen und von Verkehrsanlagen.¹²

Im Sommer 1945 waren die subjektiven und objektiven Voraussetzungen für den Übergang zu einer durchgängigen Wiederbelebung der industriellen Produktion in der sowjetischen Besatzungszone herangereift. Von den Produktionsbefehlen der SMAD gefördert, begann sich eine zunehmende Anzahl von Industriebetrieben an der Produktion zu beteiligen.¹³ Ihre Zahl belief sich im letzten Quartal des Jahres 1945 auf 13685 Betriebe. Zu ihnen gesellten sich bis zum Frühherbst 1946 weitere 7926

Tabelle 12

Anzahl der arbeitenden Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone im IV. Quartal 1945 und im III. Quartal 1946 im Monatsdurchschnitt

| Gebiet | IV. Quartal 1945 | III. Quartal 1946 |
|--------------------------------------|------------------|-------------------|
| Sowjetische Besatzungszone insgesamt | 13.685 | 21.611 |
| Brandenburg | 1.341 | 2.107 |
| Mecklenburg | 393 | 1.359 |
| Sachsen | 7.043 | 11.993 |
| Sachsen-Anhalt | 939 | 1.936 |
| Thüringen | 3.969 | 4.216 |

Quelle: LV-22, S. 120 (Barthel)

Tabelle 13

Entwicklung der industriellen Produktion ausgewählter Länder und Provinzen in der sowjetischen Besatzungszone im zweiten Halbjahr 1945 (in Mill. RM)

| Zeitraum | Sachsen ¹ | Thüringen | Provinz Sachsen | Brandenburg ³ | Sowjetische Besatzungsz. |
|----------|----------------------|-----------|------------------|--------------------------|--------------------------|
| Juli | — | 49 | — | 11 | — |
| Oktober | 155 | — | — | 36 | — |
| November | 187 | 110 | 100 ² | 41 | 657 ² |
| Dezember | — | 122 | — | 56 | — |

¹ Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten (ohne Bergbau und Lebensmittelindustrie)

² Produktionswert des gesamten IV. Quartals 1945

³ Produktionswert der industriellen und handwerklichen Produktion

Quelle: LV-130, S. 138 (Kirste)

¹¹ LV-129, S. 29 (Kirchhoff)

¹² LV-22, S. 108f. (Barthel)

¹³ LV-163, S. 89ff. (Mühlfriedel)